



Beschlusskammer 8

Aktenzeichen: BK8-13/002

### Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG in Verbindung mit  
§ 32 Abs. 1 Nr. 6 ARegV

wegen Antrag auf Beiladung zur Festlegung für die nähere Ausgestaltung und  
das Verfahren der Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der  
Netzzuverlässigkeit für Elektrizitätsverteilernetze nach den §§ 19 und  
20 ARegV

der Evonik Industries AG, Rodenbacher Chaussee 4, 63457 Hanau-Wolfgang, ge-  
setzlich vertreten durch den Vorstand

- Beiladungspetentin -

hat die Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekom-  
munikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch den Vorsitzenden Alexander Lüdtke-Handjery,  
den Beisitzer Rainer Bender  
und den Beisitzer Bernd Petermann

am 19.11.2013 beschlossen:

Der Beiladungsantrag wird abgelehnt.

## **Gründe**

### **I.**

Die Beiladungspetentin begehrt die Beiladung zu dem Festlegungsverfahren für die nähere Ausgestaltung und das Verfahren der Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit für Elektrizitätsverteilernetze nach den §§ 19 und 20 ARegV.

Die Bundesnetzagentur hat durch Mitteilung auf ihrer Internetseite am 03.07.2013 und im Amtsblatt 12/2013 vom 03.07.2013 ein Verfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG in Verbindung mit § 32 Abs. 1 Nr. 6 ARegV und §§ 19, 20 ARegV zur Festlegung über den Beginn der Anwendung, die nähere Ausgestaltung und das Verfahren der Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit für Elektrizitätsverteilernetze nach den §§ 19 und 20 ARegV eingeleitet.

Bereits in der ersten Regulierungsperiode ist eine umfangreiche Auseinandersetzung mit der Einführung des Qualitätselements erfolgt. In dem Verfahren zur Festlegung zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom der zweiten Regulierungsperiode sind diese Vorgeschichte und insbesondere auch die Erkenntnisse aus dem „Gutachten zur Konzeptionierung und Ausgestaltung des Qualitäts-Elementes (Q-Element) im Bereich Netzzuverlässigkeit Strom sowie dessen Integration in die Erlösobergrenze“ der CONSENTEC GmbH in Kooperation mit der Forschungsgemeinschaft für Elektrische Anlagen und Stromwirtschaft e.V. und Frontier Economics Limited, welches im Auftrag der Bundesnetzagentur bereits zur Einführung des Qualitätselementes während der ersten Regulierungsperiode zum 01.01.2012 erstellt und diesbezüglich in zwei Arbeitstreffen mit der Branche diskutiert wurde, berücksichtigt worden. Die beteiligten Wirtschaftskreise haben seinerzeit auch Stellungnahmen zur Ausgestaltung des Qualitätselementes Netzzuverlässigkeit eingereicht.

Die Beiladungspetentin ist der Ansicht, ihre Interessen würden durch eine Entscheidung in dem Festlegungsverfahren erheblich berührt, und hat mit Schreiben vom

31.07.2013, eingegangen am 01.08.2013, die Beiladung gem. § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG zu dem Festlegungsverfahren mit dem Stichwort „Festlegung Q Element Konzept“ beantragt. Ihre Betroffenheit ergebe sich aus den nachfolgend wieder gegebenen Erwägungen.

[REDACTED]

Sie begrüße zwar, dass die Bundesnetzagentur eine Anpassung des Beschlusses BK8-11/002 für die zweite Regulierungsperiode vorsehe, leider sei jedoch im Wesentlichen nur die Anpassung des Monetarisierungsfaktors erkennbar. Es solle offensichtlich auch weiterhin nur die „Grundvariante“ der Qualitätsregulierung umgesetzt werden; Fortschritte zur Sicherung eines langfristig angelegten leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs von Elektrizitätsversorgungsnetzen seien nicht erkennbar.

Da somit das Verwaltungsverfahren bzw. die in diesem Verfahren zu erwartende Festlegung ihre Interessen in mehrfacher Hinsicht berühre, sei die Beiladungspetentin beizuladen.

Die Beiladungspetentin ist überzeugt, verfahrensfördernde und nützliche Beiträge zum Festlegungsverfahren leisten zu können und kündigt an, folgende Anpassungsvorschläge einbringen zu wollen (Schreiben vom 31.07.2013, Seite 2):

- Die für industrielle Stromabnehmer höchst relevanten Netzebenen oberhalb der Mittelspannung sollten in die Qualitätsregulierung mit einbezogen werden.
- Es sollten grundsätzlich auch Unterbrechungen <3 Minuten im Rahmen der Klassifizierung gemäß EN 50160 berücksichtigt werden.
- „Der im Entwurf vorgesehene Monetarisierungsfaktor berücksichtigt die Ausfallkosten „Value of Lost Load“ (als Quotienten aus Bruttowertschöpfung und Stromverbrauch), die mit einer Kenngröße multipliziert werden, die sich aus der Division des bundesweiten Stromverbrauchs durch die Anzahl der Endkunden und der Anzahl der Jahresstunden ergibt. Nach unserer Einschätzung wird dadurch die Forderung des § 20 Abs. 1 ARegV – nach der insbesondere

auch die Menge der nicht gelieferten Energie und die Höhe der nicht gedeckten Last zulässige Kenngrößen sind – nur unzureichend umgesetzt. Insofern sollten die Kenngrößen grundsätzlich überarbeitet werden."

Die Beschlusskammer hat der Beiladungspetentin mit Schreiben vom 09.10.2013 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben und dabei darauf hingewiesen, dass sie eine Ablehnung des Antrages auf Beiladung beabsichtige, weil die vorgetragene abstrakte bzw. befürchtete zukünftige Interessenberührung nicht ausreichend sei, um eine einfache Beiladung nach § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG zu rechtfertigen. [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Die Beiladungspetentin hat die Möglichkeit zur Stellungnahme [REDACTED]

[REDACTED] wahrgenommen. [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED] Weiter führt sie aus, der beabsichtigte Beschluss richte sich zwar an die Elektrizitätsverteilernetzbetreiber im Regelverfahren der 2. Regulierungsperiode, jedoch hätten insbesondere die durch die Festlegung beabsichtigten Regelungen zur Ermittlung der Kennzahlen (Tenor 5 und Abschnitt 5 der Gründe), zum Monetarisierungsfaktor (Tenor 12 und Abschnitt 8 der Gründe) sowie zu den Auswirkungen der erlösneutralen Bonus-, Malus – Regelung (Tenor 12 und 16 sowie Abschnitt 9 der Gründe) Auswirkungen auf die Netzkunden und damit auch auf ihr Unternehmen.

Die im Beschlussentwurf vorgesehene Gestaltung des Qualitätselements „Netzzuverlässigkeit“ trage aus ihrer Sicht noch nicht in ausreichendem Maß den berechtigten Interessen von Endkunden der stromintensiven Industrie wie Evonik an der Sicherung insbesondere eines zuverlässigen Betriebs- von Energieversorgungsnetzen Rechnung. Der Ausfall eines Produktionsstandorts habe vitale wirtschaftliche Bedeutung für die Beiladungspetentin. Diese Ausfall-Betroffenheit sei keineswegs lediglich eine „abstrakte bzw. befürchtete“ zukünftige Interessenberührung, sondern könne vielmehr bereits heute zu erheblichen wirtschaftlichen Konsequenzen und damit auch zu einer „unmittelbaren, erheblichen Veränderung der Wettbewerbslage“ von Evonik führen. Bereits Versorgungsunterbrechungen im Sekundenbereich könnten zu signifikanten wirtschaftlichen Einbußen führen. Die vorgesehene Bewertung der Ausfallkosten stelle sich für die Beiladungspetentin als definitiv zu niedrig dar.

Zudem kündigt die Beiladungspetentin in ihrer Stellungnahme vom 01.11.2013 an, als verfahrensfördernden Beitrag folgende Anpassungsvorschläge in den veröffentlichten Beschlussentwurf einbringen zu wollen (Seite 5):

- Erfassung von Unterbrechungen kleiner 3 Minuten im Rahmen der Klassifizierung gemäß DIN EN 50160.
- Berücksichtigung der für industrielle Stromabnehmer höchst relevanten Netzebene oberhalb der Mittelspannung.
- Ergänzung der für die Bestimmung der Netzzuverlässigkeit bereits etablierten Kenngrößen SAIDI bzw. ASIDI, um die beiden zusätzlichen insbesondere für industrielle Stromabnehmer relevanten Kenngrößen der „Menge der nicht gelieferten Energie“ und der „Höhe der nicht gedeckten Last“.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten Bezug genommen.

## II.

Der Antrag auf Beiladung war abzulehnen. Die Voraussetzungen für eine Beiladung nach § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG liegen nicht vor.

Ein Fall der notwendigen Beiladung ist nicht gegeben. Ein Fall der notwendigen Beiladung gemäß § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG liegt entsprechend den zu § 54 Abs. 2 Nr. 3 GWB entwickelten Grundsätzen dann vor, wenn die Voraussetzungen des § 13 Abs. 2 Satz 2 VwVfG erfüllt sind (OLG Düsseldorf, Beschluss vom 06.07.2006, Az: VI-3 Kart 144-149/06 (V), Bl. 7 des amtl. Umdrucks). Dazu müsste die in Betracht kommende Entscheidung unmittelbar in die Rechte der Beiladungspetentin eingreifen. Eine solche rechtsgestaltende Wirkung besteht dann, wenn die Entscheidung unmittelbar Rechte der Beiladungspetentin begründet, ändert oder aufhebt (vgl. Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG, 6. Aufl. 2001, § 13 Rn. 38). Eine derartige rechtsgestaltende Wirkung besteht hier nicht. Auch die Beiladungspetentin macht ausschließlich eine Berührung ihrer wirtschaftlichen Interessen und keine unmittelbare rechtliche Betroffenheit geltend.

Auch ein Fall der einfachen Beiladung liegt entgegen der Ansicht der Beiladungspetentin nicht vor. Dabei kann letztlich dahinstehen, ob und inwieweit ihre Interessen in „erheblicher Weise“ i.S.d. § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG berührt sind, denn die Entscheidung über die einfache Beiladung steht im Ermessen der Bundesnetzagentur (OLG

Düsseldorf, Beschluss vom. 07.04.2006, Az.: VI-3 Kart 161/06 (V), Bl. 4 des amtl. Umdrucks).

Die Entscheidung in dem Festlegungsverfahren mag zwar von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung für die Beiladungspetentin sein; die Beschlusskammer kommt aber gleichwohl nach Abwägung der für und gegen eine Beiladung sprechenden Gründe zu dem Ergebnis, die Beiladungspetentin nicht zu dem Verfahren hinzuzuziehen.

Dabei hat die Beschlusskammer berücksichtigt, dass Versorgungsunterbrechungen im Sekundenbereich zu signifikanten Einbußen der Beiladungspetentin und einer Betroffenheit in ihren wirtschaftlichen Interessen führen können. Allerdings handelt es sich bei der befürchteten Betroffenheit lediglich um eine abstrakte bzw. befürchtete zukünftige Interessenberührung. Die Beiladungspetentin führt in ihrer Stellungnahme vom 01.11.2013 insofern selbst aus:

„Die Ausfall-Betroffenheit ist keineswegs lediglich eine „abstrakte bzw. befürchtete“ zukünftige Interessenberührung, sondern kann bereits heute zu erheblichen wirtschaftlichen Konsequenzen und damit auch zu einer „unmittelbaren, erheblichen Veränderung der Wettbewerbslage“ von Evonik führen.“

(Seite 3)

[REDACTED]

Letztlich kann dies, wie auch das Vorliegen der übrigen tatbestandlichen Voraussetzungen, für eine Beiladung aber dahinstehen, weil im Rahmen der zu treffenden Ermessensentscheidung entscheidend ist, dass die Beiladung weder für sinnvoll im Interesse der Verfahrensökonomie noch als förderlich für das Verfahren angesehen wird.

Im Interesse einer Beschleunigung des Verwaltungsverfahrens muss geprüft werden, ob eine Beiladung tatsächlich erforderlich und für das konkrete Verfahren förderlich ist. Gerade vor dem Hintergrund, dass eine Beiladung zu erhöhtem Arbeitsaufwand, zusätzlicher Korrespondenz und der Gewährung von Akteneinsicht, welche wiederum mit einem Schwärzen von Akten zur Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen einher gehen kann, führt, kommt eine Beiladung nur dann in Betracht,

wenn dies im Hinblick auf die Verfahrensökonomie und Förderung des Verfahrens zweckmäßig erscheint. Dies ist nach Auffassung der Beschlusskammer hier nicht der Fall.

Es ist nicht ersichtlich, dass die Beiladungspetentin weiterführende Informationen zu dem Verfahren beitragen oder in welcher sonstigen Weise eine Beiladung für das Verfahren förderlich sein könnte. Insofern ist zu berücksichtigen, dass die Interessen von Endkunden der stromintensiven Industrie an der Sicherung eines zuverlässigen Betriebs von Energieversorgungsnetzen bereits umfassend berücksichtigt worden sind.

Dies verdeutlicht auch der Verweis der Beiladungspetentin auf die konkret bezeichneten Anpassungsvorschläge, die sie in den veröffentlichten Beschlussentwurf einzubringen beabsichtigt. Insofern ist nämlich zu berücksichtigen, dass eben diese Vorschläge der Beschlusskammer im Vorfeld bereits über den Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) nahe gebracht worden sind und daher schon Berücksichtigung gefunden haben (siehe z.B. Stellungnahme des VIK zum Q-Element vom 11.01.2011). In dem Gutachten zur Konzeptionierung und Ausgestaltung des Qualitäts-Elementes (Q-Element) im Bereich Netzzuverlässigkeit Strom sowie dessen Integration in die Erlösobergrenze" der CONSENTEC GmbH in Kooperation mit der Forschungsgemeinschaft für Elektrische Anlagen und Stromwirtschaft e.V. und Frontier Economics Limited<sup>1</sup> wurden die vorgebrachten Punkte untersucht, wobei der Gutachter zu dem Schluss kam, diese Punkte derzeit nicht zu adressieren. Im Übrigen liegen für die genannten Punkte die erforderlichen Daten nicht vor (z.B. Unterbrechungen kleiner 3 Minuten) und werden von Netzbetreibern nicht flächendeckend erfasst, so dass derzeit eine Berücksichtigung dieser Punkte überhaupt nicht möglich ist. Eine zusätzliche Verfahrensförderung ist daher hier durch eine Beiladung nicht ersichtlich.

Es ist auch nicht zu erkennen, dass durch eine Beteiligung der Beiladungspetentin noch weitergehende Informationen oder Auskünfte zu erwarten wären. Abgesehen davon, dass die konkret in den Schreiben vom 31.07.2013 und 01.11.2013 benannten Anpassungsvorschläge bereits gewürdigt und geprüft worden sind, ist nach Ansicht der Beschlusskammer auch nicht ersichtlich, inwieweit die Beiladungspetentin sonstige verfahrensfördernde Beiträge liefern könnte, die über die – bisher bereits

---

<sup>1</sup> Veröffentlicht auf der Internetseite der Bundesnetzagentur: [www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de)

umfassend erfolgte – Auseinandersetzung mit dem Ziel der Sicherung eines zuverlässigen Betriebs von Energieversorgungsnetzen hinaus ginge.

Insgesamt überwiegen daher bei einer Gesamtbetrachtung die gegen eine Beiladung sprechenden Aspekte und insbesondere die Tatsache, dass von einer Beiladung keine weiterführenden Informationen, wohl aber ein zusätzlicher nicht verfahrensförderlicher Aufwand zu erwarten ist.

### **Rechtsmittelbelehrung**

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

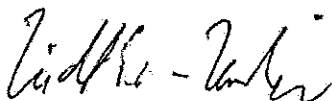
Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs.1 EnWG).

Bonn, den 19.11.2013

Vorsitzender

Beisitzer

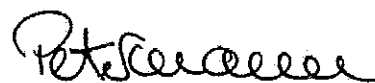
Beisitzer



Alexander Lüdtke-Handjery



Rainer Bender



Bernd Petermann